

Limmattal, im November 2025

Medienmitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände

JA zu «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier (Mobilitätsinitiative)»

NEIN zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» und zum Gegenvorschlag

Am 30. November 2025 stimmt der Kanton Zürich über zwei Vorlagen ab, die für Wirtschaft und Bevölkerung von grosser Bedeutung sind. Die Limmattaler Wirtschaftsverbände sprechen sich klar für die kantonale Mobilitätsinitiative und gegen die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» sowie deren Gegenvorschlag aus.

Ja zur Mobilitätsinitiative: Für eine verlässliche Verkehrspolitik

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Zürich von zentraler Bedeutung. Täglich sind zahlreiche Unternehmen auf funktionierende Hauptverkehrsachsen angewiesen. Die zunehmend restriktive, nach dem Prinzip der St.-Florian-Politik ausgerichtete Verkehrspolitik der Stadt Zürich führt jedoch vermehrt zu Problemen in den Agglomerationen, da sie dort zusätzlichen Ausweichverkehr verursacht.

Die „Mobilitätsinitiative“ will im gesamten Kanton einheitliche Regeln schaffen: Auf Hauptstrassen soll innerorts grundsätzlich Tempo 50 gelten. Reduktionen sollen nur in klar begründeten Ausnahmefällen über kurze Strecken möglich sein. Damit wird verhindert, dass durch flächendeckende Temporeduktionen Staus, Umwege und Ausweichverkehr in Wohnquartiere zunehmen.

Ein einheitlicher Vollzug schafft Rechtsklarheit, stärkt die Planbarkeit für Betriebe, öffentlichen Verkehr und Blaulichtorganisationen und gewährleistet einen verlässlichen Verkehrsfluss – gerade in wirtschaftlich starken Regionen wie dem Limmattal.

Ein JA zur Mobilitätsinitiative stärkt den Standort Zürich und sorgt dafür, dass der Verkehr dort bleibt, wo er hingehört: auf den Hauptachsen.

Nein zur Wohnraum-Initiative: Wohnraum schaffen – aber ohne staatliche Eingriffe

Die Initiative will den Gemeinden ein Vorkaufsrecht auf Grundstücke ermöglichen, angeblich um gemeinnützigen Wohnungsbau oder Alterswohnungen zu fördern. Dies schafft auf der einen Seite Rechtsunsicherheit: Verkaufsprozesse würden massiv komplizierter, Bauprojekte verzögert und Bauwillige abgeschreckt. Dies trifft letztlich auch lokale KMU, die auf Bau- und Folgeaufträge angewiesen sind, aber auch Wohnungssuchende. Auf der anderen Seite würde durch die Initiative null zusätzlicher Wohnraum entstehen, sondern dieser nur umverteilt.

Die im Gegenvorschlag vorgesehene Verdoppelung der kantonalen Fördermittel bindet erhebliche öffentliche Gelder, ohne die Ursachen der Wohnungsknappheit zu lösen. Viele Gemeinden könnten sich

die geforderte Mitfinanzierung gar nicht leisten. Profitieren würden vor allem subventionierte Bauträger, zu Lasten der Steuerzahlenden, während private Anbieter kaum berücksichtigt werden.

Anstatt auf neue staatliche Eingriffe zu setzen, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, schlanke Bewilligungsverfahren und Planungssicherheit für private Bauträger. Nur so kann im Kanton Zürich tatsächlich bezahlbarer Wohnraum entstehen – im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft. Wir brauchen Wohnraum, nicht neue Bürokratie.

Die Limmattaler Wirtschaftsverbände sagen deshalb klar NEIN zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag. In der Stichfrage ist dem Gegenvorschlag der Vorzug zu geben.



Pascal Stüssi
Präsident KMU- und Gewerbe-
verband Limmattal



Dr. Andreas Geistlich
Präsident Wirtschaftskammer Schlieren



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon